

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BÄCH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWÄRZHÄUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

7. Jahrgang, Nummer 12

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Dezember 1959

INHALT

DER OFFENE HIMMEL von Heinz Zahrnt	S. 1
DAS PARLAMENT SOLL IN DER POLITISCHEN DISKUSSION FÜHREN! von Gerhard Schröder	S. 3
OPTIK UND VERANTWORTUNG IM POLITISCHEN LEBEN von Otto Schmidt	S. 4
CHRISTLICHE INSTITUTIONEN von Hans Asmussen	S. 5
DIE FRAGE NACH DER WAHRHAFTIGKEIT Anmerkungen zu den Ostkontakten der evangelischen Kirche	S. 8
AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK — EIN NEUER START von Wolfgang Höpker	S. 10

DER OFFENE HIMMEL

Eine Weihnachtsauslegung

von Dr. theol. Heinz Zahrnt, Hamburg

„Ach, daß du den Himmel zerrissest und führest herab, daß die Berge vor dir zerlössen, wie ein heißes Wasser vom heftigen Feuer versiedet, daß dein Name kund würde unter deinen Feinden und die Heiden vor dir zittern müßten durch die Wunder, die du tust, deren man sich nicht versieht, daß du herabführst und die Berge vor dir zerlössen!“ (Jesaja 64, 1—2)

„Als aber die Zeit erfüllet ward, sandte Gott seinen Sohn, geboren von einem Weibe und unter das Gesetz getan, auf daß er die, so unter dem Gesetz waren, erlöste, daß wir die Sohnschaft empfiengen.“ (Galater 4, 4—5)

„Und die Hirten kehrten wieder um, priesen und lobten Gott um alles, was sie gehört und gesehen hatten, wie denn zu ihnen gesagt war.“ (Lukas 2, 20)

Ach, daß du den Himmel zerrissest und führest herab! Ja, wenn das geschähe, wenn das wahr würde: daß Gott käme, daß sich der Himmel auftäte und Gott zu uns herniederführe — dann wäre alles gut! Dann hätten wir endlich Gewißheit und Frieden, dann wären wir geborgen, dann würden auch die anderen sehen, daß wir ihnen nichts vorgemacht haben, als wir zu ihnen von Gott redeten, dann hörte endlich die schreckliche Bemühung um die Wahrheit auf, dann brauchten wir auch diese Auslegung nicht mehr zu schreiben. Denn dann wäre ja Gott selbst bei uns.

Und auch wenn Gott anders käme, als wir es uns erhoffen, wenn er auf eine furchtbare, schreckliche Weise käme, nun, dann käme er doch wenigstens! Ja, selbst

wenn er vom Himmel herabführe, um uns zu vernichten — dann würden wir doch wenigstens im Augenblick der Vernichtung noch seiner gewiß werden. Was für uns so quälend ist, das ist die scheinbare Abwesenheit Gottes. Sie kann einen heute manchmal so bedrängen, daß man sich schließlich sagt: Gleichgültig, wie er kommt — wenn er nur überhaupt kommt! Ein dreinfahrender Gott ist immer noch besser als ein abwesender, ein zornig redender immer noch besser als ein stummer. Denn das ist es doch, was wir uns alle heimlich wünschen: einen Gott, den man sehen kann, einen Gott zum Vorzeigen, für uns und die anderen.

Aber wird sich der Himmel an Weihnachten auftun, wird Gott herabfahren? Oder wird es auch in diesem Jahr wieder so sein, wie es in jedem Jahr gewesen ist: wir treffen unsere Vorbereitungen, wir schmücken unsere Wohnungen, wir gehen in die Kirche, wir halten die Bescherung, wir feiern — aber der Himmel tut sich nicht auf, Gott kommt nicht herab. Wenigstens nicht auf solche Weise, wie wir es uns vorstellen und wünschen.

Neulich bin ich durch das Geschäftsviertel unserer Stadt gegangen. Da gab es viel Licht. In der Zeitung hatte gestanden, daß der Lichterglanz in diesem Jahr sogar noch um 150 000 Watt stärker sei als im vergangenen. Und ich muß sagen, mir gefielen die Helligkeit und das Gedränge der Menschen, all das Gold und Grün, die Fülle der Auslagen, die Tannenbäume und die Lichterketten über den Straßen. Aber dann schaute ich nach oben in den Himmel. Wie eine schwere, grauschwarze Kuppel wölbte er sich über der Stadt. Da war alles dicht, da kam keiner hindurch. Die Menschen, die sich in den Straßen drängten, und ich mit ihnen, wir waren eingeschlossen, abgeschnitten, allein. Wir waren unter uns — eine geschlossene Gesellschaft.

Ach, daß du den Himmel zerrisest und führst herab!

*

Wir sind eingeschlossen in die Welt. Der Apostel Paulus drückt diesen Zustand so aus: Wir sind versklavt an die Elemente der Welt. Oder er sagt: Wir sind unter dem Gesetz. Das Wort „Gesetz“ bezeichnet eine Totalbestimmung des Menschen in seinem Verhältnis zur Welt. „Gesetz“ meint die Tatsache unseres Hineingebundenseins in die Welt, unseres Umschlosseneins durch den Kosmos.

Unter dem Gesetz sein heißt, daß wir von diesen Eltern stammen, diese Anlagen mitbringen und diesem Milieu verhaftet sind.

Unter dem Gesetz sein heißt, daß wir uns nähren müssen, essen, trinken, uns kleiden, daß Hunger und Durst uns bedrohen, daß wir der Krankheit ausgeliefert sind.

Unter dem Gesetz sein heißt, daß wir in Ordnungen gezwungen sind, die uns die Luft zum Atmen nehmen, daß wir an Menschen gefesselt sind, an denen wir uns täglich wund reiben, daß wir einen Beruf haben, der uns unbarmherzig von Termin zu Termin hetzt, daß wir in Bindungen leben, von denen wir uns nicht losmachen können.

Unter dem Gesetz sein heißt, daß wir gut sein möchten und doch das Böse tun.

Unter dem Gesetz sein heißt, daß die Eigengesetze des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft uns umklammern und wir geschoben werden, statt zu schieben.

Unter dem Gesetz sein heißt, daß wir in diese geschichtliche Stunde, in dieses Zeitalter der Weltkriege, in diese atomare Bedrohung hineingeboren sind und nicht herauskönnen.

Unter dem Gesetz sein heißt, daß wir über unser Leben nicht verfügen können, daß wir im Horizont des Todes

leben, daß wir, sobald wir geboren sind, alt genug sind, um zu sterben.

Kurzum: unter dem Gesetz sein heißt, daß sich der Himmel wie eine dichte Decke über uns spannt, daß wir hineingebunden sind in diese Welt, daß wir umschlossen sind vom Kosmos — und niemand kann heraus.

Ach, daß du den Himmel zerrisest und führst herab!

*

„Als aber die Zeit erfüllt ward, sandte Gott seinen Sohn, geboren von einem Weibe und unter das Gesetz getan.“ Das ist die Antwort Gottes auf unsere Sehnsucht und Erwartung.

Gott ist gekommen, aber ganz anders, als wir es uns von Gott vorzustellen und zu wünschen pflegen, anders auch, als der Prophet es erwartet hatte. Gott ist nicht nach der üblichen apokalyptischen Regieanweisung mit Donneregepolter in dem alles überstrahlenden Lichtkranz seiner Herrlichkeit herabgefahren, so daß die Berge zerflossen, die Flüsse versiedet und die Menschen zu Boden geschmettert worden wären. Sondern Gott ist sehr still in die Geschichte eingetreten; der Herr der Geschichte ist eine Gestalt der Geschichte geworden und hat sich auf einen Wettstreit mit den anderen Herren eingelassen. Er ist nicht auf den Wolken des Himmels erschienen, sondern ist so in die Welt gekommen, wie ein Mensch nun einmal in die Welt kommt: er ist von einer Frau zur Welt gebracht worden. Und das ist nicht an einer jener Stätten geschehen, wo man Kronprinzen schon lange vorher zu erwarten und, wenn sie geboren sind, mit Salutschüssen zu begrüßen pflegt, nicht in dem Palast eines Kaisers und nicht in einer Hauptstadt, sondern in der Provinz und in einem Notquartier. Während alle Welt gleichsam auf das Hauptportal starrte und darauf wartete, daß Gott durch es die Welt beträte, ist Gott indes heimlich durch die Hintertür gekommen.

„Geboren von einem Weibe und unter das Gesetz getan“ — härter und knapper, als der Apostel Paulus es mit diesen beiden Partizipien tut, läßt sich die Menschwerdung Gottes nicht ausdrücken. Es ist das kürzeste „Leben Jesu“, das je geschrieben wurde. Es ist wie das Leben irgendeines Menschen, wie das Leben irgendeines Herrn Meyer, Schulze oder Lehmann, zwischen Geburt und Tod gespannt. Ein solches Menschenleben hat Gott gewählt, um sich zu offenbaren. Alles, was wir vorhin von unserem eigenen Leben gesagt haben, daß es eingeschlossen sei in diese Welt, daß es unter das Gesetz getan sei, das gilt auch von diesem Leben: es fügt sich ein in die Maße des Gesetzes, die Elemente der Welt sind auch seine Regenten. Gott hat das ganze Schicksal eines Menschen in dieser Welt auf sich genommen. Er ist herabgekommen in die letzte Tiefe unseres Menschseins. Er ist hineingekommen in unseren Lebenskreis, in den Kreis, von dem es heißt, daß in ihm die Gott-Losen wandeln.

*

Aber eben dadurch, daß Gott in diesen Kreis hineingekommen ist, ist er aufgebrochen worden. Was für uns unverfügbar war, was uns unmöglich schien, was keiner von uns tun konnte, das ist geschehen: der Ring der Welt, der uns umschlossen hält, ist von außen her, durch Gottes Tat, gesprengt worden. Der Zugang zu Gott ist wieder frei. Wir sind erlöst!

Unsere Erlösung besteht darin, daß wir „die Sohnschaft empfangen“. Sohnschaft — das ist ein großes, unerhörtes Wort, zumal wenn man bedenkt, daß Paulus mit diesem selben Wort auch das Verhältnis zwischen Gott und Christus bezeichnet. Sohnschaft weist auf den Vater zurück: Sohn ist, wer von dem Vater als Sohn erkannt ist und sich darin, daß er sich vom Vater als Sohn er-

kannt weiß, als Sohn erkennt. Indem Gott in Christus zu uns gekommen ist, hat er uns wieder in unsere Sohnschaft eingesetzt. Jetzt sind wir nicht mehr Knechte der Welt, sondern Söhne des Vaters. Damit sind wir wieder das, was wir nach Gottes Willen ursprünglich und wesentlich sind, was Gott meinte, als er am Anfang sprach: „Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sei!“

Aber bleiben wir nicht in der Welt, und bleibt die Welt nicht bestehen? Und ist die Welt besser geworden, seit Christus in die Welt gekommen ist? Ob die Welt seitdem besser geworden ist, weiß ich nicht. Das ist letzten Endes eine Frage der Statistik, und Statistiken entscheiden niemals über die Wahrheit. Eines aber ist gewiß: Seitdem Gott in Christus in diese Welt gekommen ist, hat niemand mehr das Recht, diese Welt eine Hölle zu nennen. Denn wo Gott ist, dort kann nicht die Hölle sein. Ob wir glauben, daß der Himmel über uns offen ist oder nicht — das mag eine Frage des Temperaments sein. Das jedenfalls ist gewiß, daß wir in dieser Welt nicht mehr allein sind. Gott ist mit uns. Er ist mit uns auch in der letzten Tiefe. Selbst die letzte Tiefe ist noch ausgefüllt mit Gott.

Ach, daß du den Himmel zerrissest und führest herab!

*

Spätestens zu Neujahr zeigt es sich, wie wir Weihnachten gefeiert haben, ob wir uns nur Stimmungen und Gefühle überlassen haben oder ob wir der Wirklichkeit Gottes begegnet sind.

Weihnachten verführt ja leicht dazu, unrealistisch und sentimental zu werden. Weihnachten bedeutet Wärme, Traulichkeit, stiller Glanz und mildes Licht. In solcher Stimmung verwischen sich die harten Linien und schwächen sich die Gegensätze ab; da vergißt man das Leben, wie es wirklich ist. Aber ist das alles nicht vielleicht nur eine gleisnerische Decke, ein frommer Zauber, ein goldener Rahmen, den man um ein düsteres Bild legt?

Machen wir uns nicht vielleicht nur für einige Tage etwas vor, und hinterher sieht alles wieder ganz anders aus, ist alles nur noch grauer, nur noch ungläubiger geworden? Zu Neujahr kommt es an den Tag, wie wir Weihnachten gefeiert haben.

Das alte Weihnachtsevangelium schließt mit den Worten: „Und die Hirten kehrten wieder um, priesen und lobten Gott um alles, was sie gehört und gesehen hatten, wie denn zu ihnen gesagt war.“

„Die Hirten kehrten wieder um“ — das heißt: sie kehrten wieder zurück zu ihren Herden. Es war alles wieder da, was zu einem Hirtenalltag gehört: die Kälte in den Nächten, die Gefahr durch die wilden Tiere, der Streit um die Weideplätze, der Ärger mit den Besitzern, der karge Lohn, der Hunger, die Müdigkeit und der Schmutz. Das alles war wieder so da, wie sie es verlassen hatten. Nichts hatte sich daran geändert.

Aber sie selbst, die Hirten, waren anders geworden. Es heißt von ihnen: „Sie priesen und lobten Gott um alles, was sie gehört und gesehen hatten.“ Was war's denn, was sie gehört und gesehen hatten? Das war es, daß Gott in einen Stall gekommen war, daß Gott zu ihnen, auch zu ihnen, ja, ausgerechnet zu ihnen, den Hirten, gekommen war, daß Gott also nicht ein Gott der Feste und Höhepunkte sein wollte, sondern ein Gott des Alltags und des Lebens, nicht nur der Philosophen und Weisen Gott, sondern der Hirten Gott. Und darum war nun doch auch der Alltag für sie anders geworden.

Wie kehren wir von Weihnachten um? Äußerlich wird unser Alltag am 2. Januar kaum anders aussehen als am 23. Dezember. Es wird alles wieder so sein wie vorher: derselbe Schreibtisch, dieselbe Maschine, derselbe Raum, derselbe Haushalt, dieselben Kollegen, dieselben Vorgesetzten. Und wieder wird es heißen: Aufstehen, arbeiten, schlafen. . . Aber wie gesagt: Neujahr zeigt es sich, wie wir Weihnachten gefeiert haben, ob wir uns nur Stimmungen und Gefühle überlassen haben oder ob wir der Wirklichkeit Gottes begegnet sind.

Ach, daß du den Himmel zerrissest und führest herab!

DAS PARLAMENT SOLL IN DER POLITISCHEN DISKUSSION FÜHREN!

von Dr. Gerhard Schröder, MdB, Bundesminister des Innern

Das Herzstück einer parlamentarischen Demokratie ist das Parlament. Dem Bundestag ist es in den vergangenen zehn Jahren ohne Zweifel gelungen, sich mehr Achtung und Ansehen in der Öffentlichkeit zu verschaffen, als dies dem Weimarer Reichstag vergönnt war. Die gesetzgeberische Arbeit, auf die der Bundestag zurücksehen kann, war nicht nur dem Umfang nach sehr bedeutend, sondern in vieler Beziehung auch bahnbrechend. Das gilt für einen guten Teil der Gesetzgebung auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet, das gilt insbesondere für die Gesetzgebung über die europäische Zusammenarbeit.

Ein Blick in die Bundesgesetzblätter der letzten Jahre zeigt aber, daß Umfang und Tempo der gesetzgeberischen Arbeit geringer geworden sind. Voraussichtlich dürfte sich die Zahl der Gesetze noch weiter verringern. Muß das die Bedeutung des Bundestages in den Augen der Öffentlichkeit mindern? Diese Frage möchte ich verneinen. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß der Bundestag durch den Rückgang der Gesetzgebungsarbeit mehr Zeit für seine große Aufgabe gewinnen könnte, in der allgemeinen politischen Diskussion zu führen.

Unter den sich ändernden Arbeitsbedingungen sollte es möglich sein, wesentliche politische Tatbestände nicht erst im Parlament zu diskutieren, nachdem sich bereits

eine öffentliche Meinung gebildet hat; vielmehr müßten vom Bundestag entscheidende Impulse auf die Bildung der öffentlichen Meinung ausgehen. Der Bundestag muß sich im Bewußtsein aller als das vornehmste Forum der Nation darstellen, auf dem die politischen Fragen mit starker Ausstrahlungskraft erörtert werden.

Wenn wir einen Blick auf das britische Unterhaus und den amerikanischen Kongreß, vor allem auf den Senat der Vereinigten Staaten, werfen, dann zeigt dieser Vergleich, daß bei uns noch ein weites Feld brachliegt, dessen Nutzung die Bedeutung des Bundestages steigern könnte.

Welche Vorkehrungen sind zur Erreichung dieses Zieles notwendig und geeignet? Nach meiner Meinung gehören dazu:

1. häufigere, aber kürzere Plenarsitzungen;
2. keine Mammut-Tagesordnungen mit vielen verschiedenartigen Gegenständen;
3. Aktualisierung der Debatten durch frühzeitiges Aufgreifen neu aufkommender Themen;
4. häufigere Fragestunden unter Einbeziehung auch neuester Ereignisse.

Nach meiner Überzeugung läßt sich das erreichen, ohne daß die notwendige Ausschubarbeit ungebührlich beeinträchtigt wird. Es liegt aber auf der Hand, daß bei aller Gründlichkeit dieser Gesetzgebungsarbeit hinter verschlossenen Türen die Öffentlichkeit an den behandelten Themen nur durch lebendige Diskussion interessiert werden kann. Ich schlage deshalb eine Verschiebung der Akzente zugunsten der sich vor den Augen der Öffentlichkeit abspielenden Arbeit und nicht etwa eine größere Sitzungszahl insgesamt vor.

Das Wesen des Parlaments besteht nicht in der Deklamation, sondern in der Diskussion. Für die Diskussion aber ist die derzeitige Einrichtung des Plenarsaals so ungeeignet wie nur möglich. Der Plenarsaal ähnelt einem — im übrigen auch noch akustisch unerfreulichen — Vortragssaal mit Bühne und Galerie. Die Zeit ist gekommen, hier eine kräftige Verbesserung wenigstens zu versuchen. Dabei sollte man sich vor Halbheiten hüten.

Unter den Vorbildern, die sich für eine wirkliche Reform anbieten, halte ich das des britischen Unterhauses für

das uns gemäße: engeres Zusammenrücken der Abgeordneten unter Wegfall der doch etwas schulmäßigen Pulte und dadurch Erzielung einer dichteren Atmosphäre; klares Gegenüber von Regierung und Opposition, wobei die Regierung als die erste Reihe der sie tragenden politischen Kräfte in Erscheinung träte und der Führung der Opposition nahe gegenüber säße.

Das klare Gegenüber von Regierung und Opposition sollte, wie es der politischen Wirklichkeit entspricht, auch räumlich richtig und anschaulich sichtbar werden. Damit verzichtete die Regierung auch auf jenen „erhöhten Sitz“, der im parlamentarischen Regierungssystem gänzlich unbegründet ist. Der Zwang aber, vom Platz aus frei zu sprechen, gäbe den wirklichen Parlamentariern, vor allem auch unter den jüngeren Kollegen, eine unvergleichliche Chance, sich durch Konzentration und durch Schlagfertigkeit in der Auseinandersetzung hervorzutun. Die Bundestagssitzungen wären kürzer, lebendiger, eindrucksvoller, das Interesse der Öffentlichkeit größer und das Parlament für die Politiker selbst attraktiver. Den Hauptgewinn aber hätte die Demokratie.

OPTIK UND VERANTWORTUNG IM POLITISCHEN LEBEN

von Staatsminister a. D. Dr. Otto Schmidt, MdB, Wuppertal

Seit einigen Jahren ist im politischen Leben immer häufiger von der „Optik“ die Rede. Das ist ein vieldeutiges Wort. Im Zusammenhang mit der Politik ist an die übertragene Bedeutung der Lehre von den Gesichtswahrnehmungen gedacht. Es will besagen: der Politiker müsse bedenken, daß das, was vor aller Augen sei, auch in die Augen falle, einleuchte, gefällig sei. Es geht um den Augenschein, die gute Außenseite, die Aufmachung, das make-up, das Schaufenster.

Wir leben in einem Zeitalter der Bildwirkung. Bildzei- tungen, Illustrierte, Kino und Fernsehen haben den Menschen offenbar bereits seelisch verändert. Der Mensch, der mit diesen Mitteln nun seit Jahren bedient wird, reagiert weit über den Umgang mit diesen Mitteln hinaus zunächst auf die Oberfläche — oder soll ich schon gleich sagen — an der Oberfläche, auf den ersten Eindruck, auf das Wie, auf die Geste. Verständlicherweise fragt daher auch der Politiker nach der Optik, mehr und mehr nach der Optik.

Die Beschlüsse des Parteitages der SPD in Bad Godesberg haben nicht etwa das Steuer um 90 oder gar 180 Grad herumgeworfen. So etwas passiert nicht in der Wirklichkeit einer Partei. Hier haben wir vielmehr ein typisches Beispiel für die Bedeutung der Optik in der Politik. Als Folge einer langjährigen Entwicklung ist das Schaufenster umdekoriert worden. Die nicht mehr gängige, nicht mehr ansprechende Ware ist in die Regale des Hinterzimmers geräumt worden, und was die Konkurrenz besser verkauft hat, wird nun als eigenes Modell vorn auf die Ständer gestellt.

„Verkaufen“ und „Ankommen“

Der Politiker, der von der Optik redet, hat noch zwei andere Bilder bereit, die dem Vorstellungskreis der modernen Massengesellschaft entstammen: eben jenes vom „Verkaufen“ und das vom „Ankommen“. Dies oder jenes läßt sich nicht verkaufen. Verkaufen läßt sich nichts, was nicht den Wünschen oder Bedürfnissen der Käufer entspricht, wenn Käufermarkt herrscht, also reichliches Angebot. S. Majestät der Käufer wird S. Majestät dem souveränen Volk gleichgesetzt, dessen Wünsche zu befriedigen sind. Es ist nur ein Glück, daß noch, um in

diesem Bildvergleich zu bleiben, der Kaufpreis bezahlt werden muß.

Das dritte Bild des „Ankommens“ entstammt dem modernen Verkehrsleben. Seitdem beispielsweise Flugzeuge unterwegs abstürzen oder Bruchlandungen machen, ist es natürlich wichtig, daß etwas ankommt, damit die Wartenden, ob sie nun Gäste empfangen oder selbst weiter wollen, aus der Spannung, aus der Ungewißheit befreit werden.

Die drei „Rollen“ des Politikers

Aus der Analyse dieser Bilderwelt, in die der Politiker in der Massengesellschaft so unversehens verfällt, ergibt sich für die Person und die Sache des Politikers dreierlei:

Der Politiker hat offenbar drei Rollen zu spielen,

1. die des freundlichen Herrn: Zeigt er sich in der Menge, so benötigt er die Maske des keep smiling, baby kissing. Er muß Hände schütteln, winken, Autogramme geben, fotogen sein. Diese Rolle bedeutet für die Sache, die er vertritt, daß sie gut aufgemacht, gefällig, optisch befriedigend sein muß.
2. die des Weihnachtsmannes, an den man Wunschzettel schreibt, von dem man Verheißungen erwartet und der die Gabentische deckt. Diese Rolle bedeutet für die Sache, die er vertritt, daß sie auch wunschgemäß sein muß; nur das „verkauft“ sich. „Ihr Wunsch ist mir Befehl“, sagt der Verkäufer.
3. die des Befreiers, des Erlösers, von dem man Entlastung, Generalamnestie erwartet, damit man gerechtfertigt ist, von dem man Entspannung erhofft, damit man zu neuem Start übergehen kann. Diese Rolle bedeutet für die Sache, die er vertritt, daß sie befreiend wirken muß. Es geht nicht so sehr um die Lösung oder gar die Freiheit. Das Narkotikum, das beruhigt, muß der Politiker bereit haben. Ein Kommuniké, daß die Politiker nett zueinander waren, ist genau das, was „ankommt“.

Parteilpolitische und staatspolitische Verantwortung

Mag diese Analyse auch ein wenig ironisch klingen, es wäre falsch, daraus zu schließen, ich wolle das Gegenteil behaupten. Natürlich sollte ein guter Politiker so freund-

lich sein, das, was er zu bieten hat, auch möglichst nett aufzumachen; er sollte sein Volk gut bedienen und auch nicht in der Anspannung überfordern. Verhängnisvoll wäre nur, das als genügend oder gar als wesentlich und entscheidend anzusehen. Es gibt solche superklugen parteipolitischen Taktiker, die die Optik für der Weisheit letzten Schluß halten und damit die parteipolitische Verantwortung gegen die staatspolitische Verantwortung ausspielen.

Parteipolitische und staatspolitische Verantwortung sind für eine Regierungspartei kein Gegensatz. Jede unpopuläre Maßnahme, die staatspolitisch im Interesse des Gemeinwohls unvermeidbar geboten ist, ist auch parteipolitisch gerechtfertigt, sofern wir in der Partei unsere Pflicht tun und nicht müde werden, sie zu erläutern und die Zusammenhänge aufzuzeigen, sofern wir dem Gegner nicht gestatten, mit oberflächlicher Optik gegen uns anzutreten.

Wirkliche Staatspolitik setzt immer unter der Oberfläche an, kann nur aus dem geschichtlichen Zusammenhang und über den Tag hinaus gestaltet werden. Staatspolitik — und auch eine Parteipolitik, die zum Träger der Staatspolitik erkoren ist — kann sich nicht mit dem Anschein begnügen, etwa mit dem Anschein von Gerechtigkeit. Sie ringt immer wieder um die Substanz der Gerechtigkeit, auch gegen allen Schein. *Justitia fundamentum regnorum*. Sie ist tief unter der Oberfläche gegründet. Staatspolitik wird sicher nicht um ihrer selbst willen gemacht; sie leitet sich ab aus dem Willen des Volkes, an ihm orientiert sie sich. Aber was wäre das für eine fragwürdige „*vox populi*“, die nicht die Wahrheit suchte, immer wieder um die Substanz der Wahrheit ränge und sich in diesem Sinne an der „*vox dei*“ orientierte, der Stimme, die aus der Wahrheit ist.

Die Wahrheit liegt oft jenseits unserer vielen Wünsche. Die Partei hat die größte Chance, die in dem Widerstreit zwischen Wunsch und Wahrheit das Wahre zum Ziel des Wünschens zu machen versteht.

Im totalitären Staat genügt es, der Massengesellschaft eine Illusion von Freiheit zu geben. Sofern ihr die Vergleichsmaßstäbe fehlen, reichen die Beruhigungs- und Entlastungsdrogen aus, um das Gefühl einer befreienden Wirkung zu erzeugen.

Eine Staatspolitik im freiheitlichen Rechtsstaat steht unter dauerndem Beschuß. Sie muß ihre Freiheit am Widerspruch bewahren. Die Droge des „Ankommens“ kann nur

mit flüchtiger, vorübergehender Wirkung rechnen. Der effektive nächste Schritt, der Kompromiß, die konstruktive Lösung liegen im Sinne einer staatspolitischen Verantwortung, die auch unserer Parteipolitik immer am besten bekommt.

Ein Phänomen der Massengesellschaft

Es wäre verkehrt zu meinen, sich „optisch“ auszurichten sei eine Eigentümlichkeit der Demokratie. Auch in totalitären Staaten braucht das Regime öffentliche Meinung und infolgedessen auch Aufmachung und Bonbons. Es ist vielmehr ein Phänomen der Massengesellschaft schlechthin. Demokratie unterscheidet sich vom totalitären Staat insoweit nur dadurch, daß verschiedene Gruppen in diesem Geschäft untereinander wetteifern, jede die andere noch zu übertrumpfen sucht. Das aber weckt das Mißtrauen gegen die Außenseite, gegen das Allzu-gefällige, gegen den zu großzügigen Geber guter Gaben. So kann die Demokratie, wenn sie staatspolitisch verantwortlich geführt wird, geradezu gegen den Massenwahn immunisieren.

Die Labour Party — solange von der Herrschaft ferngehalten — versuchte vor den Wahlen im Herbst d. J. mit großzügigsten Verlockungen die Stimmung auf sich zu lenken, während die Konservativen in der Abwehr diese Illusionen zertrümmern mußten; es gelang ihnen, sie erhielten eine unerwartet hohe Mehrheit.

Die bessere Politik

Die deutsche Sozialdemokratie ist offenbar der Meinung, die CDU/CSU habe ihre Stellung in den letzten zehn Jahren halten und ausbauen können, weil sie sich besser verkauft habe. Deshalb scheinen die Sozialdemokraten sich nun in Aufmachung und Wunscherfüllung noch stärker engagieren zu wollen, als sie das schon bisher getan haben. Lassen wir sie getrost auf diesem Wege und machen wir die bessere, die solidere Politik.

Wir haben in den vergangenen zehn Jahren so manche unpopuläre Maßnahme — von der Marktwirtschaft bis zur Verteidigungspolitik — gegen das Wunschdenken der Massengesellschaft mit der Kraft unserer besseren Argumente durchgesetzt, daß wir darauf vertrauen dürfen, daß diese Politik auch in Zukunft als die zur Gerechtigkeit, Wahrheit und Freiheit durchstoßende Politik vom deutschen Volk honoriert wird.

CHRISTLICHE INSTITUTIONEN

Der Streit um die Christlichkeit der CDU/CSU

von Propst D. Hans Asmussen, DD, Heidelberg

Der Streit um die Christlichkeit der CDU/CSU ist noch nicht zu Ende. Die CDU/CSU hat sich nicht von den anderen Parteien überzeugen lassen, daß sie ihren Namen zu Unrecht trage. Aber sie hat die anderen Parteien auch noch nicht davon überzeugen können, daß sie ihren Namen zu Recht trägt. Beides hat seinen Grund darin, daß die CDU/CSU aus einem politischen Lebensgefühl entstanden ist, welches es vorher nicht gegeben hat. Das liberale Zeitalter kannte nämlich nur christliche Personen, jedoch keine christlichen Institutionen. Darum muß die CDU/CSU auch von allen mißverstanden werden, die in ihrem politischen Denken und Fühlen noch in der vergangenen Zeit wurzeln. Deshalb aber gibt es auch in der CDU/CSU selbst noch bei manchen ihrer Glieder eine gewisse Unsicherheit, ob denn wirklich von „christlicher Politik“ gesprochen werden dürfe.

Soweit das Beiwort „christlich“ Personen angeht, sollte man lieber nicht von der CDU/CSU sagen, sie sei christlich. Denn die Christlichkeit ihrer Mitglieder (oder gar ihrer Wähler) unterscheidet sie nicht so ausschlaggebend von anderen Parteien, daß sie sich „christlich“ nennen dürfte. Christen gibt es auch in anderen Parteien.

Christlichkeit des Handelns nicht leicht feststellbar

Man könnte auch daran denken, das Handeln der CDU/CSU als christlich anzusprechen, das anderer Parteien aber nicht. Einen solchen Versuch würde ich ebenfalls nicht für besonders glücklich halten. Denn die Christlichkeit des menschlichen Handelns ist nicht leicht festzustellen. Zwar vermag man das schon leichter zu erkennen als die Christlichkeit von Personen. Da aber

Dem Vorschlag des Vorstandes folgend, hat der Bundesarbeitskreis in seiner Sitzung am 4. Dezember d. J. beschlossen, die

8. Bundestagung

des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU

am 1. und 2. April 1960 in Mannheim

durchzuführen. Sie wird unter dem Gesamthema

„DER EINZELNE
UND DIE GESELLSCHAFT HEUTE“

stehen. Wir bitten unsere Freunde und Mitarbeiter, sich diesen Termin schon jetzt vorzumerken.

bei unserem Handeln die Christlichkeit zu einem Teile stets an unserer eigenen Absicht hängt, muß es jedenfalls uns Mitgliedern der CDU/CSU schwerfallen, unser Handeln als „christlich“ zu titulieren. Wir können da nur so sagen: „Hoffentlich sehen andere Menschen unser Handeln als ein christliches Handeln an.“ Denn es ist den Christen bekanntlich geboten, so zu handeln, daß die Leute ihre guten Werke sehen und den Vater im Himmel preisen. Wenn wir aber selbst mit dem Anspruch auftreten, unser Handeln sei christlich, so hat das mit Recht — wie man im Schwäbischen sagt — ein gewisses „Geschmäckle“ an sich.

CDU/CSU-Ziel: Christliche Institutionen

Es ist jedoch unbedenklich, die Christlichkeit der Partei damit zu begründen, daß die CDU/CSU sich bemüht, durch ihr politisches Handeln Einrichtungen zu schaffen, die christlich, jedenfalls aber doch nicht unchristlich sind. Und das darf die CDU/CSU nun in der Tat für sich in Anspruch nehmen. Auf jeden Fall sollte das ihr Leitstern sein. Und dann würde sie sich mit Recht „christlich“ nennen dürfen. Auch könnte sich dann keine andere Partei gekränkt fühlen. Denn es steht nun einmal fest, daß es keine andere Partei gibt, die sich darum müht, christliche Institutionen zu schaffen und unchristliche Institutionen zu bekämpfen. Es gibt schlechthin keine andere Partei, die ihren Ehrgeiz dareinsetzt, christliche Institutionen zu schaffen.

Den Beweis dafür zu führen, daß es auch christliche Institutionen gibt, ist nicht schwer. Wie könnte man denn sonst von einer „christlichen“ Kirche reden? Eine Kirche ist ja nicht eigentlich darum christlich, weil ihre Glieder Christen sind. Jede Kirche muß vielmehr damit rechnen, daß es unter ihren Gliedern solche gibt, die keine Christen sind. Jede Kirche muß auch bekennen, daß ihr Handeln leider nicht immer christlich ist. Daß sie aber als Institution christlich ist, das und gerade das muß sie behaupten. Sonst hört sie auf, eine Kirche zu sein. Das Institutionelle an einer Kirche ist das Christliche an ihr. Daraus folgt die Christlichkeit ihrer Glieder und die Christlichkeit ihres Handelns. Das wird hier erwähnt, weil zu beweisen ist, wie notwendig christliche Institutionen sind.

Christliche und nichtchristliche Ehe

Nun ist die CDU/CSU gewiss nicht deshalb christlich, weil sie sich Mühe gäbe, christliche Kirchen zu bauen. Das ist nicht ihre Aufgabe. Aber es gilt auch von christlichen Institutionen reden, die zur Zuständigkeit einer Partei gehören. Im folgenden wird auf mehrere solcher Institutionen hingewiesen. Zuerst sei das Augenmerk

auf die Ehe gerichtet. Zweifellos ist die Einrichtung der Ehe entweder christlich oder unchristlich. Zu ihren christlichen Merkmalen gehören z. B. ihre Unauflöslichkeit — es sei denn unter ganz bestimmten Bedingungen —, der Vorsatz, dem erwählten Ehepartner bis zum Lebensende treu zu sein, und der Charakter der Ehe als Einehe. Wo in einem Lande Vielehe erlaubt ist, ist keine christliche Ehe. Wo der Vorsatz, bis zum Tode beieinanderzubleiben, bei der Eheschließung nicht ausgesprochen wird, ist auch die Christlichkeit der Ehe in Frage gestellt. Das gleiche gilt dort, wo die Unauflöslichkeit der Ehe nicht grundsätzlich behauptet und in der Institution der Ehe verankert wird. Damit sind gewiß nicht alle Kennzeichen einer christlichen Ehe erschöpft. Wohl aber sind Wesensmerkmale genannt, die für die Christlichkeit dieser Institution entscheidend sind.

Musterbeispiel: christliche Schule

Eine andere Einrichtung, die auf ihre Christlichkeit zu prüfen wäre, ist die Schule. Eine Schule ohne Religionsunterricht ist keine christliche Schule. Aber es handelt sich nicht allein um den Religionsunterricht. Es läßt sich auch etwas über die Bildung als solche und über das Bildungsziel sagen. Wenn man sich um Bildung müht, dabei aber gar nicht den Menschen meint, sondern den Menschen als Mittel zum Zweck versteht, dann ist das bestimmt nicht christlich. Eine Schule verliert also ihren christlichen Charakter, wenn sie darauf aus ist, die Schüler einseitig oder vor allem dafür auszurüsten, Mädchen in der „großen Maschine“ zu sein, als die man die Gesellschaft ansehen könnte.

Christlich ist eine Schule nur dann, wenn sie den Menschen meint, und von Zielen neben und außer dem Menschen nur in zweiter Linie die Rede ist. Denn daß der Mensch die Krone der Schöpfung und die Krone der Geschichte ist, das ist christlicher Glaubenssatz. Wir müssen ja in der Geschichte nicht erst weit zurückgehen — und nicht erst weit über Deutschlands Grenzen hinaus —, um auf Zustände zu stoßen, in denen die Bildung keineswegs zuerst den Menschen, sondern vielmehr eine Partei im Auge hat oder ein erträumtes Deutschland oder die klassenlose Gesellschaft. Darauf die Bildung auszurichten, ist mit dem Christentum unvereinbar.

Christliches und nichtchristliches Recht

Als drittes Beispiel sei das Recht herangezogen. Gibt es wirklich christliches Recht? Nun, es gibt zweifellos ein christliches Recht. Der christliche Glaube schreibt dem Richter „die Gerechtigkeit“ vor. Der christliche Glaube kann es darum einfach nicht hinnehmen, wenn in der Rechtsprechung nicht mehr der Gerechtigkeit gedient werden soll, wenn das Recht fremden Zwecken untergeordnet wird. Christlich gesehen ist eine politisch bestimmte Rechtsprechung nur in sehr engen Grenzen möglich, dort nämlich, wo es sich unmittelbar um den Bestand des Gemeinwesens handelt. Aber auch dann gelten, wenn anders christliche Maßstäbe etwas bedeuten, unbedingt gewisse Grundsätze, die keine unabdingbare Gültigkeit mehr besitzen, sobald man sich von christlichen Bindungen löst. Es ist z. B. nicht einzusehen, weshalb der Grundsatz, daß ohne Gesetz keine Strafe verhängt werden darf, noch gelten sollte, wenn wir uns von christlichen Grundsätzen lösen.

Fließende Grenzen

Wir haben mehrfach von Einrichtungen gesprochen, die entweder christlich oder unchristlich sind. Dieses Entweder-Oder bedarf noch der Auslegung. Es verhält sich nämlich so: Es gibt Einrichtungen, welche zweifellos christlich und andere, welche zweifellos unchristlich sind. Aber indem man das feststellt, teilt man die Welt nicht in eine christliche und eine unchristliche Hälfte auf. Es

trifft nicht zu, daß alle Einrichtungen der Menschen entweder auf die eine oder die andere Seite gehören. Zwischen den christlichen und den unchristlichen Institutionen ist ein weites Feld mit solchen Einrichtungen, die sich von dem einen auf den anderen Pol zu bewegen. Denn das Leben steht nicht still. Es bewegt sich; es ist eben lebendig. Und mit ihm sind es die Einrichtungen, die das Leben prägen und von ihm geprägt werden. Mit den Einzeleinrichtungen der Kirche verhält es sich auch nicht anders. Sonst bedürfte die Kirche keiner Reformation. Die Erkenntnis, daß sich die Welt nicht in christliche und unchristliche Einrichtungen aufteilen läßt, spricht also nicht gegen unsere Grundthese, daß es die christlichen Einrichtungen sind, die die CDU/CSU erstrebt und — doch auch — setzt, und die ihr das Recht zu ihrem Namen geben.

Jede Einrichtung christlich zu beeinflussen

Betrachtet man die Institutionen, die man weder als schlechthin christlich noch als schlechthin unchristlich ansprechen möchte, so sieht man, daß sie verändert werden können. Wir alle würden z. B. starke Bedenken haben, von einer christlichen Wirtschaft zu sprechen. Luther hat darüber anders gedacht. Seine Schrift: „Über Kaufhandel und Wucher“ unternimmt den Versuch, sich dem Unchristlichen in der Wirtschaft seiner Zeit entgegenzustellen und die Wirtschaft in christlichen Bahnen zu halten. Man wird sagen müssen, daß es grundsätzlich keine Einrichtung gibt, die man nicht christlich beeinflussen könnte. Sofern die Sitte eine Einrichtung der Gesellschaft ist — sei es durch stilles Wachstum, sei es durch bewußte Gestaltung —, ist es möglich, sie in christlichem Geiste zu beeinflussen, oder aber sie ins Unchristliche absinken zu lassen. Vorschriften der Sitte bedürfen zwar keiner Kodifizierung, um verbindlich zu sein. Trotzdem gehören sie zum „Sittlichen“, zur Ethik, die uns verpflichten will.

Die Sache mit dem „christlichen“ Turnen

Schwierigkeiten macht uns die Vorstellung, das Leben bewege sich vor allem in einem neutralen Raume, der weder christlich noch unchristlich sei. Vor 40 Jahren war es in der Schuldebatte beispielsweise ein äußerst beliebter Slogan: es gäbe doch kein „christliches“ Turnen, womit man den „Unsinn“ einer Konfessionsschule beweisen wollte. Heute wagt man nicht mehr so zu formulieren, weil man inzwischen zuviel unchristliches Turnen gesehen hat. Aber noch liegt wie ein Bann auf manchen Lebensgebieten die Behauptung der Gestrigen: jedes Lebensgebiet habe seine eigenen Gesetze. Die Wirtschaft ziele ausschließlich auf Profit, die Politik verlaufe nur nach den dort entwickelten Spielregeln, die Schule habe sich nur nach pädagogischen Einsichten, das Militär nur nach militärischen und die Physik nur nach physikalischen Versuchen zu richten. Dieser Irrtum ist die eigentliche Hürde, die es zu nehmen gilt, ehe es zu spät ist.

Die Dinge werden deshalb so schwierig, weil gerade unter uns Evangelischen seit 1945 der Pluralismus immer wieder seine theologische — besser gesagt: pseudo-

theologische Begründung erfährt. Wir haben es im evangelischen Lager mit einer sehr lautstarken Gruppe zu tun, die uns, allen Erfahrungen des Kirchenkampfes zum Trotz, lehren will, daß jedes Lebensgebiet aus dem gerade ihm innewohnenden Gesetzen zu normieren sei. Deshalb hat die CDU/CSU auch hier ihre leidenschaftlichsten Bestreiter. Letzten Endes geht jene Weltanschauung, die sich heute als die evangelische ansieht, auf Kant zurück. Er ist es gewesen, der die Welt in einen erkennbaren und in einen der Ethik unterstehenden, in seiner Eigenart aber nicht beweisbaren Teil aufteilte. Wenn die christliche Lehre dieser Konzeption und ihren mannigfachen Schulen unterliegt, ist es aus mit der Einheitlichkeit des Erkennbaren. So nur konnte es dazu kommen, daß die Bildung zu einer Menschenprägung durch Wissen wurde. Hier ist der letzte Grund unserer Schulmisere zu suchen.

Evangelisches Versagen beim Ringen um die Wiedervereinheitlichung der Welt

Die Dinge werden so bedrängend, weil wir im Kommunismus einen Versuch vor uns haben, die Einheitlichkeit der Welt zurückzugewinnen. Es ist dies ein Versuch, der große Erfolge für sich buchen kann. Der Kommunismus ist in seinem Da- und So-Sein der Anruf an die westliche Welt, sie sei nur noch nicht konsequent genug bei der Verwirklichung der Parole: Wissen sei der einzige und wahre Überbau über den Pluralitäten dieses Lebens. Auf evangelischer Seite haben wir bei den Wortführern unserer Theologie keine Kräfte, die diese Gefahr bannen könnten. Denn indem sie zugeben, daß alle Lebensgebiete außer dem hier und jetzt erfolgenden Anruf Gottes ihren eigenen, nur der jeweiligen Sache zu entnehmenden Gesetzen entspringen, kommen sie allenfalls soweit wie Schleiermacher, welcher der Religion noch ein Hinterstübchen rettete, die ganze Wohnung aber anderen Mächten überließ. Es ist darum innerlich bedingt, daß wir die Stimme dieser Theologen kaum noch von der Stimme des Ostens zu unterscheiden vermögen. Wenn sie in den Verdacht geraten, eigentlich dem Osten zuzugehören, haben sie das ausschließlich dem Umstand zu verdanken, daß sie ihre Sache gerade so und nicht anders vertreten.

Die Sonderstellung der CDU/CSU

Die CDU/CSU muß man ganz nüchtern betrachten. Zu irgendeiner romantischen Verklärung besteht keinerlei Veranlassung. Wenn mich aber ein evangelischer Christ fragt, wo er mit Kräften Berührung finden könne, die an einer einheitlichen, und zwar christlich einheitlichen, Schau der Welt arbeiten, dann würde ich ihn getrost an die CDU/CSU verweisen. Er wird dort Enttäuschungen erleben, wie wir alle. Das ist bei einer Partei nicht anders möglich. Im übrigen kommt es auch bei einer Kirche vor! Was mich aber zur CDU/CSU zieht, ist, daß sie die einzige mir bekannte Größe ist, in der evangelische Menschen unbestritten daran arbeiten können und sollen, den Einrichtungen der menschlichen Gemeinschaft eine christliche Wesensart zu geben. Und das dürfte einen Einsatz wert sein!

Diese letzte Ausgabe des Jahres 1959 begleiten unsere herzlichen Grüße und Segenswünsche zum Weihnachtsfest und zur Jahreswende an alle Leser, Freunde und Mitarbeiter.

Herausgeber, Verlag und Redaktion

DIE FRAGE NACH DER WAHRHAFTIGKEIT

Anmerkungen zu den Ostkontakten der evangelischen Kirche

von * * *

Die letzten Monate des Jahres 1959 haben eine ungeahnt große Anzahl von Begegnungen zwischen Vertretern westlicher Kirchen und Kirchenmännern aus dem Sowjetbereich gebracht. Im Oktober hielten sich zehn evangelische Pfarrer und drei Vikarinnen aus Westberlin für zwei Wochen in der Sowjetunion auf. Eine offizielle Delegation unter Leitung des thüringischen Landesbischofs Mitzenheim bereiste kurz vorher die UdSSR. Ebenfalls im Oktober weilten mehrere führende Kirchenmänner aus dem Rheinland und Westfalen in der Tschechoslowakei. Mitte des gleichen Monats war eine Delegation der russisch-orthodoxen Kirche in fünf westdeutschen Großstädten zu Gast. Darüber hinaus las man Nachrichten, wonach der „Besuchs- und Theologenaustausch verstärkt werden“ solle. Inzwischen hat noch ein Besuch von Männern des Weltkirchenrats in der Sowjetunion stattgefunden.

Im Zusammenhang mit diesen zahlreichen und gewichtigen Besuchen sind Äußerungen gemacht worden, die sich mit der Stellung und dem Wesen der Kirchen in den östlichen Ländern befassen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete über Mitteilungen des Präses einer Landeskirche, der gesagt haben soll: russische Priester hätten ihm mitgeteilt, daß 85 Prozent aller Kinder in der Sowjetunion getauft würden. Er selbst habe feststellen können, „wie überfüllt“ die Kirchen seien. Die Kirche in der Sowjetunion sei „mit den ‚Deutschen Christen‘ zu Hitlers Zeiten“ nicht gleichzustellen. Sie mache „keine Zugeständnisse an den Staat“. Zwar könne sie nicht „zu einem politischen Kampf gegen den Kommunismus antreten“, aber von den Kanzeln werde „das reine Christentum gepredigt“. Es gebe also „eine lebendige christliche Kirche in Rußland“.

Predigt des „reinen Christentums“?

Man kann diese Äußerungen nur mit Erstaunen und Verwunderung vernehmen. Denn sie stehen in erheblicher Spannung zu verlässlichen Mitteilungen erfahrener Rußlandheimkehrer. Aber was kann das schon heißen: es werde „das reine Christentum gepredigt“? Wir möchten annehmen, daß ein evangelischer Präses diese etwas seltsame Vokabel nicht gebraucht hat. Schließlich schöpfen wir aus einem Zeitungsbericht. Wir möchten am liebsten auch annehmen, daß nicht die Äußerung gefallen ist: es werde das „reine Evangelium“ gepredigt. Sowohl unser Einblick in die Predigt der russisch-orthodoxen Kirche — soweit sie im Westen gedruckt vorliegt — wie auch eine andere Tatsache lassen uns eine solche Äußerung mit äußerst kritischen Augen ansehen.

Wenn nämlich eine Kirche das Nein zu ihrer erklärtermaßen atheistischen Umwelt in keiner direkten oder indirekten Weise laut werden lassen darf, dann kann sie nicht das „reine Christentum“ predigen. Denn das Evangelium sagt in dem gleichen Maße, in dem es zum Recht, zum wahren Frieden, zur Würde des Menschen ja sagt, auch nein zu aller Pervertierung. Wenn eine Kirche fürchten muß, daß ihr Ende da ist, wenn sie die herrschenden politischen Mächte auf ihr Unrecht hin zur Rede stellt, dann ist diese Kirche nicht frei. Dann ist aber auch ihr Zeugnis nur ein Torso des Evangeliums.

D. Iwand und der Sowjetpatriotismus

Wenn uns schon die zitierten Äußerungen des Präses einer westdeutschen Kirche mit Verwunderung erfüllen, dann vermögen wir nur mit Betroffenheit zu registrie-

ren, was Professor D. Iwand in einer Zuschrift an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ausgeführt hat. Er kritisiert die eben zitierten Äußerungen und meint: „Der Widerstand der russisch-orthodoxen Kirche gegen den kommunistischen Staat liegt weit zurück.“ Er gehe auf völlig „irrig Vorstellungen“ zurück, wenn man annehme, die Kirche könne sich in Rußland gegen den Staat stellen. Man treffe vielmehr auf „einen geradezu leidenschaftlichen Patriotismus der Geistlichen, der älteren wie auch der jungen Theologen“. Es sei also keinerlei Konflikt zwischen Kirche und Staat in Rußland zu erwarten.

Und der Patriotismus bei uns?!

Wir wollen hier nicht erörtern, was man in der Welt und besonders in Westdeutschland in den Kreisen der „Kirchlichen Bruderschaften“ sagen würde, wenn es in der Bundesrepublik „einen geradezu leidenschaftlichen Patriotismus der Geistlichen“ gäbe! Wir glauben, die Leute der SED in der sogenannten DDR und die „Friedensapostel“ in der UdSSR würden aufschreien über die „politisierte Kirche“. Und dabei wäre das doch wirklich eine von Grund auf und durch und durch andere Sache, wenn Theologen in der Bundesrepublik „patriotisch“ wären.

Aber was sind das für Klänge! Wer wagt es, patriotisch zu sein? Wer würde sich das wohl in Iwands Hörsaal erlauben wollen?! Und auf den „leidenschaftlichen Patriotismus“ in Rußland fällt kein Schatten? Schreckt man nicht mißtrauisch oder zumindest verwundert fragend vor Kirchenmännern zurück, die im Reiche des atheistischen Materialismus nicht etwa nur still und bekümmert ihr Leben führen, sondern die sich leidenschaftlich für diesen Staat erklären? Will er denn, dieser Staat, etwa nicht mehr das Ende der Kirche, das Schweigen des Evangeliums?

Zweierlei Maß

Der rheinische Präses hat nach seiner Reise in die Tschechoslowakei geäußert, es bestehe ein „korrektes Verhältnis der evangelischen Kirchen in der Tschechoslowakei zum kommunistischen Staat“. Das erkläre sich aus der Tatsache, daß diese Kirchen jetzt zum ersten Male frei seien von dem Druck, den sie so lange im erzkatholischen Donaustaat auszuhalten gehabt hätten. Aber ist hier denn nicht nur eine Unfreiheit der Vergangenheit von einer Unfreiheit der Gegenwart abgelöst worden? Kann ein solcher Wandel dazu führen, daß man nun alles in Ordnung wähnt? Es gibt in den westlichen Kirchen Wortführer, die der römisch-katholischen Kirche und der angeblich katholisch gesteuerten CDU/CSU mit größter Kühle und Reserviertheit gegenüberstehen. Dieselben Leute sind unbegreiflicher Weise gegenüber dem atheistischen Kommunismus viel freundlicher und wohlwollender. Wie reimt sich das?

Liebe und Wahrhaftigkeit

Aber das sind noch nicht unsere wichtigsten Bedenken. Wir möchten, bevor wir sie laut werden lassen, zunächst deutlich feststellen, daß uns das Gebot des Herrn zu einer weitherzigen Liebe verpflichtet. Wir sind gehalten, nach der Einheit aller Kirchen zu trachten, die den dreieinigen Gott anrufen. Wir dürfen das Ziel: „eins zu sein“ nie vergessen, auch da nicht, wo Kirchen in einer

politisch unfreien Welt leben müssen. Ihnen gehört unser besonderes Mitgefühl.

Wir wollen auch nicht einen zu strengen Maßstab anlegen. Es ist uns wohl verständlich, daß man im Osten nicht so unbekümmert predigen kann wie bei uns. Hier im Westen bleibt ein Karl Barth ungeschoren, wenn er die westliche Freiheit in einer für unser Empfinden ganz ungerechten und sachlich falschen Weise herabsetzt und äußert: eine Befreiung im Sinne A d e n a u e r s sei vielleicht noch schlimmer als die Existenz unter der Knute der SED. In der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei und östlich von Elbe und Werra kann man sicher nicht solche kirchlich-politischen Aktionen unternehmen, wie sie etwa im Rahmen der „Anti-Atomtod“-Kampagne in der Bundesrepublik seit Jahren mit deutlicher Stellungnahme gegen Regierung und Regierungspartei erfolgen.

Also: den Kirchen in der roten Welt gebührt unsere liebevolle und weitherzige Zuwendung. Aber über den Besuchen und Gesprächen darf nicht die Wahrhaftigkeit leiden!

Das Evangelium darf nicht diskreditiert werden

Es könnte ja geschehen, daß die unter den roten Zaren seufzenden Völker uns anzuklagen hätten, weil Kirchenmänner des Westens — wir sprechen von Kirchenmännern, nicht von Kirchen! — Leute „hoffähig“ gemacht hätten, die in den Augen der treuen Christen in einem peinlichen Zwielficht stehen. Es könnte geschehen, daß die in guter Meinung unternommenen Ostkontakte zu einer Diskreditierung des Evangeliums und der westlichen evangelischen Kirchen führten. Es ist nicht undenkbar, daß sich sogar die kommunistisch-atheistischen Mächte hinter dem Eisernen Vorhang mit Hilfe der kirchlichen Kontakte in ein gutes Licht der christlichen Öffentlichkeit Amerikas setzen wollten. Kurz: es ist die Frage zu erheben, ob nicht unter den kirchlichen Ostkontakten die christliche Wahrhaftigkeit leidet.

Was der Verfasser in Rußland sah

Nun haben uns Teilnehmer an diesen Fühlungen und Reisen gesagt, der Westen sei über die Kirchen in der Sowjetwelt falsch unterrichtet. Eine Äußerung wie die oben zitierte: die Kirchen seien in Rußland überfüllt, erweckt jedoch einige peinliche Empfindungen. Der Verfasser dieses Aufsatzes war leider genötigt, sich nach dem zweiten Weltkrieg fast drei Jahre als Kriegsgefangener in der UdSSR aufzuhalten. Er hat in dieser Zeit mehrere tausend Kilometer zurückgelegt, ist vielen Sowjetbürgern begegnet und hat in einer großen Zahl von Städten und Ortschaften zwischen Ural, Ostsee und Schwarzem Meer Eindrücke sammeln können. Er hat nicht eine einzige Kirche gesehen, in der Gottesdienst stattfand. Er besuchte zahlreiche Kirchen. Sie waren Magazine, Garagen, Observatorien, Bäckereien und so fort. In einer Stadt an der Wolga fand er einen ehemaligen Priester, der nun Nachtwächter war.

Was bedeutet es demgegenüber, wenn in Moskau, in Leningrad und Kiew, und wo es sonst sein mag, volle Kirchen anzutreffen sind? Sie sind wichtige Zeugen für die „Glaubensfreiheit“ in einer Welt, von der wir denken — und das mit Recht —, daß es in ihr die Freiheit des Glaubens, der Predigt und der Versammlung nicht gibt. Es ist eine seltsame deutsche Angewohnheit, daß ein Mann, der sechs Monate in den USA war, ein Buch über dieses Land schreibt, in dem er „gültige Erkenntnisse“ vor der Mitwelt ausbreitet. Wenn westdeutsche Kirchenführer auf einer nicht von ihnen gewählten Route in wenigen Wochen das sehen, was sie sehen sol-

len, dann sprechen sie in einer verwunderlichen Allgemeingültigkeit von der „lebendigen christlichen Kirche“ in Rußland.

Aber es gibt doch auch sehr sachkundige, nicht in Kurzreisen gewonnene Eindrücke aus Rußland. Wilhelm Holzappel, der bis 1956 in Rußland gefangen gehaltene Pfarrer, hat in seinem Erfahrungsbericht geschildert, wie der Dekan von Canterbury auf seiner großen Reise durch die Sowjetunion getäuscht wurde. Dieser erklärte nachher, es sei eine Lüge, daß es in Rußland noch deutsche Kriegsgefangene gebe. Nun, sie sind inzwischen zu Tausenden heimgekehrt.

Der „große“ Stalin

Der Kriegsgefangene Aurel v. Jüchen hat uns in seinem Buche Kenntnis gegeben von dem Aufruf des Metropoliten Nikola j im Jahre 1944, in dem es heißt:

„In unserem Führer (d. i. Stalin) erkennen wir Gläubigen mit allen übrigen des Landes den größten Mann, den Rußland jemals geboren hat. . . In ihm vereinigt sich das Beste und das Höchste, die tiefste Weisheit mit einem väterlichen Herzen und dem Genius des Herrschers.“

Es wird wohl sein, daß der Metropolitan nicht frei war in seinen Äußerungen. Aber dann laßt uns doch im Westen nicht so tun, als gäbe es in der Sowjetunion die Freiheit, die wir der orthodoxen Kirche wohl wünschen möchten. Wir sollten uns hüten, in schwärmerisches Wunschdenken zu verfallen! Es ist eine arge Verdrehung der Wahrheit, zu behaupten, Stalin sei der „größte Mann, den Rußland jemals geboren hat“, gewesen. Nicht einmal die heutigen Bolschewiken sprechen so etwas noch aus. So dick dürfen doch die Weihrauchkörner nicht sein, die eine Kirche des Evangeliums auf dem Altar des roten Zaren opfert. Solches Reden und das damit verbundene Verschweigen der halben Wahrheit ist wider die Wahrhaftigkeit.

Klaus Mehnerts Dokumentation

Wenn man jedoch Aurel v. Jüchen und Wilhelm Holzappel für befangen halten, ja, wenn man ihre in vielen Jahren in tiefem Elend und in wirklicher Begegnung mit dem Volke Rußlands gesammelten Erfahrungen geringer anschlagen sollte als die flüchtigen Eindrücke kirchlicher Kurzbesucher, dann bleibt doch auch Klaus M e h n e r t zu hören! In seiner Dokumentation: „Der Sowjetmensch“ heißt es auf Seite 279:

„Ich selbst möchte glauben, daß in der älteren Generation der in der Sowjetunion lebenden Menschen auch heute noch eine starke Religiosität zu finden ist; soweit diese ihnen in den Kirchenverfolgungen nicht verlorengegangen ist, hat sie sich eher vertieft. Dieselbe Beobachtung ist ja auch in der Sowjetzone Deutschlands zu machen. In ihrer überwältigenden Mehrheit aber haben die Sowjetmensch den Kampf der Bolschewiken gegen die Kirche widerspruchslos hingenommen, und die Beendigung der direkten Kirchenverfolgung hat nicht zu der Wiedergeburt des kirchlichen Lebens geführt, die man vielleicht hätte erwarten können.“

In Geltung ist und bleibt der nach Stalins Tod von Chruschtschow unterschriebene Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, in dem es heißt:

„Die Kommunistische Partei stützt sich auf die einzig richtige wissenschaftliche Weltanschauung, den Marxismus-Leninismus, und dessen theoretische Grundlage, den Dialektischen Materialismus; sie kann sich daher nicht teilnahmslos und neutral zur Religion verhalten, da diese eine Ideologie ist, die mit Wissenschaft nichts gemein hat. Unsere Partei hielt es von jeher und hält es auch heute für ihre unbedingte Aufgabe, mit allen Kräften und Mitteln die Entwicklung der . . . Wissenschaften zu fördern . . . Die Re-

ligion aber verdunkelt das Bewußtsein des Menschen, verurteilt ihn zur Passivität gegenüber den Kräften der Natur und schlägt seine schöpferische Aktivität und Initiative in Fesseln."

Das Resumé Mehnerts ist so bedeutsam, daß es hier kurz angeführt sei. In dem erwähnten Buch heißt es auf Seite 269:

"... Daß diese Frage (Stellung des Menschen zur Religion) nach vierzig Jahren Bolschewismus überhaupt noch existiert, hat nicht zuletzt das Mißverständnis hervorgerufen: die Bolschewiken hätten sich von dem radikalen Fanatismus ihrer Ursprünge entfernt und seien heute doch eigentlich recht umgängliche und tolerante Leute geworden. Wenn Materialisten als Herren eines totalen Staates die Kirche bestehen lassen, ist dann ihr Materialismus noch ernst zu nehmen?"

Wer so denkt, hat die Bolschewiken nie verstanden und stiftet — wissentlich oder nicht — Verwirrung. Ihre Einstellung zur Religion ist eine Sache, die jeweilige Behandlung der bestehenden Kirche eine andere. Die Einstellung der Sowjets zur Religion hat sich in den mehr als vierzig Jahren ihrer Herrschaft nicht wesentlich geändert: Religion ist 'Opium für das Volk' ..."

Ganze und halbe Wahrheit

Die außerordentliche Diskrepanz zwischen den am Anfang erwähnten kirchlichen Äußerungen und den Ansichten bewährter Sachkenner ist nicht zu überbrücken. Sie darf auch nicht verwischt werden. Die Kirche kann in dieser toderntesten Sache, in der es wahrlich um nichts weniger als um die Wachsamkeit und die Wahrhaftigkeit des Westens geht, nicht aus falscher Liebe und Freundlichkeit zu unhaltbaren Äußerungen kommen. Sie darf auch mit den Kirchen im Osten nicht in einer Weise umgehen, die falsche Eindrücke bei den Völkern des kommunistischen Bereichs und bei den Völkern im freien Westen hervorruft. Dafür sind die Dinge viel zu ernst.

Zu der ganzen Wahrheit über das „lebendige Christentum“ in den kommunistischen Ländern gehört auch die Meldung, die in den Salzburger „Berichten und Informationen“ zu lesen war: Die SED habe angeordnet, daß es in Todesanzeigen nicht mehr heißen dürfe, Gott der Herr habe den Verstorbenen heimgerufen.

AN ALLE UNSERE LESER,

die ihren Unkostenbeitrag in Höhe von DM 5,- für den Bezug der „Evangelischen Verantwortung“ im Jahr 1959 noch nicht überwiesen haben, ergeht hiermit die herzliche Bitte, dies nach Möglichkeit bis zum Jahreswechsel nachzuholen, damit die Weiterbelieferung keine unerwünschte Unterbrechung erfährt. Auch für höhere Unkostenbeiträge, die einer weiteren Verbreitung unseres Blattes zugute kommen, sind wir dankbar. Alle Überweisungen sind mit dem Vermerk „betr. Ev. Verantwortung“ zu richten an:

Deutsches Monatsblatt GmbH, Siegen/Westf.
Postscheckkonto: Köln 171 07
Bankkonto: Dresdner Bank, Siegen 40 08

Herausgeber und Verlag

Zu der ganzen Wahrheit gehört die Tatsache, über die der Moskauer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Hermann Pörzgen, am 5. Dezember 1959 berichtete: Der ehrwürdige alte Dom zu Riga sei jetzt in ein Museum umgewandelt, weil die evangelische Gemeinde infolge der staatlichen Maßnahmen nicht über das nötige Geld verfügte, um das Gotteshaus zu erhalten. Pörzgen schreibt weiter:

„Mit den übrigen religiösen Gemeinschaften der Sowjetunion schalteten sich auch die lutherischen Kirchen Lettlands und Estlands in die von Moskau propagierte Friedensbewegung ein. Die kirchlichen Kalender und sonstigen Veröffentlichungen legen starken Nachdruck auf die Teilnahme der beiden Erzbischöfe an Internationalen Friedenskongressen und ähnlichen Zusammenkünften. Sie erhielten für ihre Aktivität die silberne Friedensmedaille. Anfang Dezember halten sie regelmäßig ‚Friedensgottesdienste‘ mit Friedens-Chorälen und Predigten für den Frieden. Sie pflegen in diesem Geiste auch Verbindungen mit den westlichen christlichen Kirchen ...“

Die Predigt der russisch-orthodoxen Kirche

Es muß auch davor gewarnt werden, den Eindruck hervorzurufen, als bestehe zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und den evangelischen Kirchen eine besondere theologische Nähe. Darüber belehrt ein Einblick in das von Karl Rose vor wenigen Jahren herausgegebene Buch: „Predigt der russisch-orthodoxen Kirche“. Dieses sehr aufschlußreiche Buch ruft nicht nur ins Gedächtnis, daß die Kirche in Rußland „von jeder Mitarbeit an der Gestaltung des öffentlichen Lebens im Staat und in der Gesellschaft“ gänzlich ausgeschlossen ist. Es wird auch deutlich, was die Formel: die Kirche sei „völlig auf den kultischen Raum begrenzt“, eigentlich bedeutet. Übrigens hat — allen in der Atompolitik oder in den Fragen der Arbeitswelt engagierten Theologen ins Stammbuch! — der Oberpriester Rasumowski auf der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz aufgerufen, „sich nicht mit Fragen zu befassen, die das politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle Leben der Völker und Staaten betreffen“.

Ein hoher Preis

Natürlich kam dieser Aufruf nicht aus der Abstinenz, von der mancher westdeutschen Kirche ein Stück gewünscht sei, sondern aus der Tatsache, daß die Männer der russischen Orthodoxie einen bis zum Äußersten eingegengten Raum zugewiesen erhalten haben. Sie sind gehalten, zu allem zu schweigen, was die politischen Gewalten tun. Ihnen ist höchstens gestattet, wie das im zweiten Weltkrieg geschah, mit einer Geldspende von 120 Millionen Rubel eine Panzerkolonne für die Rote Armee aufzustellen! Es ist so, wie Mehnert sagt:

„... die orthodoxe Kirche ... muß, um am Leben zu bleiben, einen hohen Preis entrichten. Dieser Preis besteht nicht nur in einer loyalen Haltung, die jede Kritik, sogar jede Auseinandersetzung mit dem Regime ausschließt, sondern auch in dessen aktiver und vorbehaltloser Unterstützung nach innen und außen ...“

Verantwortliches Handeln

Wer diese Äußerungen ernsthaft durchdenkt, kann nur mit großer Sorge auf einige Vorgänge sehen, die sich unter uns ereignet haben und auch in Zukunft ereignen sollen. Es ist an der Zeit, daß an die Stelle gefühlvoller und in den meisten Fällen wohlgemeinter Äußerungen und Aktionen ein verantwortliches Handeln tritt, das die Gefahren der kirchlichen Ostkontakte nicht übersieht. Es geht um die Wahrhaftigkeit!

AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK — EIN NEUER START

von Dr. Wolfgang Höpker, Bonn

Clausewitz' Sentenz, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, ist heute im Zeichen des atomaren Gleichgewichts der beiden Machtblöcke gründlich überholt. Um so mehr wiegt die Erkenntnis, daß die Kultur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Ein Staat wird heute nicht nur nach seiner politischen Geltung, wirtschaftlichen Stärke und militärischen Macht eingeschätzt, sondern zugleich nach den Leistungen seiner Kultur. Sie im internationalen Bereich in die Waagschale zu werfen, ist nicht nur eine durchaus legitime, sondern eine der zentralen Aufgaben auswärtiger Politik.

Ihr Ziel ist die Selbstdarstellung eines Volkes, eines Staates, ja eines ganzen Kulturkreises der Umwelt gegenüber. Aber damit ist nur die eine Seite umrissen. Eine recht verstandene Kulturdiplomatie dient dem geistigen Austausch im Sinne des „do ut des“, sie will nicht nur geben, sondern auch nehmen — in sorgsamer Einfühlung in andere Kulturen und in den Geist anderer Völker. Einen Schritt weiter, und wir können von einer „Kulturpolitik andersherum“ sprechen, die sich nicht so sehr um die Verbreitung der eigenen Kultur, als um die liebevolle Erkenntnis der fremden bemüht. Insbesondere den aufstrebenden Völkern Asiens, die sich vom „westlichen Kulturimperialismus“ nur zu lange mit gönnerhaftem Gebaren als Bittsteller behandelt fühlten, sollte der Gedanke der Partnerschaft überzeugend vor Augen geführt werden.

Heilsame Skepsis

In der Kritik an der auswärtigen Kulturarbeit der Bundesrepublik steckt viel Unbehagen an uns selbst. Es ist das Gefühl, daß unsere schöpferischen Leistungen nicht mehr ausreichen, um auch andere Völker zu überzeugen; daß Kultur keine Leidenschaft mehr ist, sondern nur noch Routine; daß der Hang zum Kulturkonsum zu einer Konsumkultur aus der Konserve geführt hat, die ein Triumph des Managements und bar der Spontanität ist und schon deshalb über die Grenzen nicht mehr auszustrahlen vermag.

Selbstzweifel können gesund und heilsam sein. Aber sie dürfen in Abwehr von Selbstgerechtigkeit die Selbstbecheidung nicht zu weit treiben. Sie dürfen nicht lähmen im Sinne jenes modischen Kulturpessimismus, der mit dem Schreckgespenst der Vermassung und mit dem Alarm vom Untergang des Abendlandes in ein Niemandsland des Defaitismus führt. In realistischer Sicht, wie sie aus Skepsis erwachsen sollte, müssen wir die Grundlagen neu durchdenken, von denen aus hier und heute Kulturpolitik im Ausland fruchtbar betrieben werden kann.

Lebendige, die Gegenwart prägende Tradition

Noch fehlen auf die Frage nach der geistigen Konzeption auswärtiger Kulturarbeit wirklich klare Antworten. Sie müssen für jedes Land, für jeden Kulturkreis verschieden durchdacht sein; man muß wissen, an wen man sich wenden und wo man die Schwerpunkte legen will.

Goethe und Hölderlin, Mozart und Wagner, Romantiker oder bayerisches Barock — das alles sind Werte, die auch heute noch draußen in der Welt ihr Publikum finden. Die Kreise allerdings, auf die sie ausstrahlen und die sie über bloße Achtungserfolge hinaus erwärmen, sind sehr begrenzt. Es ist die dünne Schicht der Gebildeten, die noch aus dem Bewußtsein einer geschichtlich-

kulturellen Kontinuität schöpfen. Doch auch hier, in dieser Schicht der geistigen Elite meldet sich die Frage, wie es um die kulturellen Leistungen des Deutschlands von heute bestellt ist. Das Deutschland von heute ist ein Land, das „Neugier“ erregt — das aber bisher kaum verstanden hat, diese Neugier zu befriedigen. Deutsche Kulturpolitik im Ausland kann niemals darauf verzichten, auch das zu zeigen, was war. Aber es muß eine lebendige Tradition sein, die in unserer Gegenwart noch fortlebt und sie zu prägen vermag.

Keine Zersplitterung

Nach behutsamen, oft allzu zaghaften Anläufen, da ein verändertes Deutschland sich in einer veränderten Welt zurechtfinden mußte, scheint nun der Zeitpunkt für eine überlegte und geordnete Kulturpolitik gekommen zu sein.

Vieles ist, seit die Bundesrepublik besteht, begonnen worden — und vor dem Hintergrund des Trümmerfeldes, das uns Hitler auch hier überlassen hatte, ist die Bilanz dieses ersten Jahrzehnts durchaus nicht entmutigend. Woran es unserer kulturellen Außenpolitik vor allem gefehlt hat, ist die Zielklarheit, die Systematik, die Planung auf weite Sicht. Auch wenn das Durcheinander der Institutionen und Initiativen gelichtet wird, bleibt die Erkenntnis, daß unsere Möglichkeiten beschränkt sind. Auch wenn ein einsichtiges Parlament die Fonds weiterhin aufstockt, werden die Bundesmittel nicht hin und her reichen. Um so weniger dürfen wir der Zersplitterung verfallen, um so mehr gilt gerade hier das „multum, non multa“. Man kann nicht alles auf einmal machen. Es bedarf der Schwerpunkte, sowohl was die Fach- und Sachgebiete, als auch was die räumlichen Gebiete für unsere Kulturwerbung angeht.

Richtiges Verhältnis von Aufwand und Erfolg

Ob in Auslandsschulen, ob im Unterricht für Erwachsene: wir sollten uns nicht in der Einsicht beirren lassen, daß die Vermittlung unserer Sprache die legitimste Form von Kulturpolitik draußen ist. Als ein anderes, besonders zukunftsträchtiges Aktionsfeld schält sich immer deutlicher die Förderung des Studiums junger Ausländer an deutschen Hochschulen heraus, wie zugleich die Ausbildung ausländischer Praktikanten in deutschen Wirtschaftsunternehmen. Problematischer steht es um den weiten Bereich des „Kunstexports“. Gastspiele deutscher Orchester, Opernbühnen, Theaterensembles im Ausland und insbesondere in Übersee sind kostspielige Vorhaben. Wir müssen uns sorgsam — sorgsamer als bisher — fragen, wie es um das Verhältnis des Aufwands zum Erfolg bestellt ist. Die Kultuarbeitung des Auswärtigen Amtes vertritt hier den durchaus richtigen Standpunkt, daß in erster Linie künstlerische Veranstaltungen gefördert werden, die nicht an die Sprache gebunden sind. Das sind Konzerte, das ist das Ballett, das sind Tourneen von Tanzgruppen und das sind Ausstellungen.

Kultureller Avantgardismus im neuen Bauen

Die Klage, daß das Deutschland von heute kulturell nicht ausstrahlte, daß wir immer wieder auf das bewährte Alte zurückkämen, weil wir an Neuem kaum etwas zu bieten hätten, geht an einem wesentlichen Faktor vorbei: Aus der Not der Trümmerlandschaft hat das Nachkriegsdeutschland die Tugend einer schöpferisch-anregenden Baugesinnung gemacht. Was aus den Schutthalde unserer zerbombten Großstädte an kühnen architektoni-

schen Lösungen entstanden ist, deutet auf einen Avantgardismus im besten Sinne des Wortes. Es widerlegt die nach Flagellantenart vorgetragene Selbstanklage, daß die satten bundesdeutschen Wirtschaftswunderkinder in ihrem Drang nach Sicherheit und Beharrung einem geistig sterilen Neobiedermeier verfallen seien. Der Bogen einer neuen Baugesinnung ist weit gespannt, er reicht vom Bürohaus, vom Repräsentationsbau, von der kühnen Brückenkonstruktion bis zur modernen Arbeitersiedlung, an der sich der Weg des westdeutschen Arbeiters zu einem neuen Mittelstand ablesen läßt. Das alles gibt ein Panorama, mit dem wir sehr wohl in der Welt draußen als „Kulturträger“ bestehen können. Das Interesse, das etwa die junge Intelligenz der Entwicklungsländer an der deutschen Technik nimmt, läßt sich an Hand der Architektur am ehesten auf das Künstlerische hinlenken und so auf weitere Bereiche des neuen Deutschlands ausweiten.

Gemeinsame Aufgabe des westlichen Kulturkreises

Wie sachlich-fachlich, so müssen auch räumlich die Schwerpunkte unserer auswärtigen Kulturpolitik mit weit mehr System als bisher gelegt werden. Die herkömmliche Kulturdiplomatie erblickte ihr Wirkungsfeld fast allein bei den alten Kulturnationen. Sie war zugleich nationalstaatlichem Denken verhaftet und sah sich im Dienste einer nationalen Missionsidee. Dieser Impuls hat stark nachgelassen, am stärksten in Deutschland, das im Amoklauf Hitlers den Absolutheitsanspruch des Nationalstaats bis zum letzten Exzeß durchlebt und durchlitten hat.

Die Erkenntnis, daß an Stelle nationaler Absonderung internationale Zusammenarbeit im Sinne eines gegenseitigen kulturellen Gebens und Nehmens tritt, bedeutet nun freilich keine Verpflichtung auf den Typ eines Weltbürgers. Der „One-World-Optimismus“ wie ihn die UNO zu pflegen versuchte, ist angesichts der Scheidewand zwischen freien und unfreien Teilen der Welt ein flüchtiges Traumbild gewesen. Auch die europäische Einheit, auf die wir hinstreben, kann und darf niemals einen kulturellen Eintopf bedeuten. Doch mindert dies nicht die Einsicht, daß aus der Vielfalt Europas ein gemeinsames Kulturbewußtsein erwächst, begründet auf dem Ideal der Freiheit, auf dem Leitbild von Wert und Würde des Einzelmenschen. Es weitet sich aus über den (zum Binnensee schrumpfenden) Atlantik in Richtung Amerika. Auch Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland passen sich dem Begriff eines „Weltabendlandes“ an. So wesentlich Kulturarbeit zwischen den Ländern des westlichen Daseinsbereichs auch heute noch ist — sie tritt zurück vor der Aufgabe, aus einem gemeinsamen Lebensgefühl des westlichen Kulturbereichs auf die übrigen Teile der Welt einzuwirken.

Scheidewand zwischen Ost und West

Wie dicht und hoch die Scheidewand ist, die das Sowjetregime dem geistigen Austausch gezogen hat, springt scharf ins Auge, wenn man den Text des am 30. Mai 1959 in Bonn unterzeichneten deutsch-sowjetischen Kulturabkommens liest. Ein Kulturabkommen im herkömmlichen Sinne, also ein Vertrag, der nur den Rahmen umschreibt und die Ausfüllung dem Partner freistellt, ist dieser Vertrag nicht. Hier werden die einzelnen Austauschprogramme sozusagen auf Zentimeterlänge im voraus festgelegt. Das zwischen freien Ländern übliche freie Spiel der kulturellen Kräfte ist verbannt und durch einen zementierten, schmalen Kanal ersetzt worden. Dazu führte das Mißtrauen des Kremls, der seine Untertanen nicht unkontrollierten westlichen Einflüssen aussetzen will.

Und umgekehrt war auch der deutsche Vertragspartner nicht geneigt, der gelenkten sowjetischen Kulturpropaganda gleich Tür und Tor zu öffnen.

Doch ist mit solchen bitteren Einsichten das Kapitel „Kulturbeziehungen mit dem Ostblock“ nicht erschöpft. Auch ist bei der Knüpfung kultureller Fäden zwischen der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten zu unterscheiden. Die Völker in Moskaus westlichem Vorfeld wollen gar nicht im östlichen Bereich leben, sie waren stets gewohnt, dem Osten den Rücken zu kehren, ihr Ehrgeiz bestand darin, in das übrige Europa hineinzuwachsen. Angesichts dieser elementaren Europasehnsucht gilt es, unter der Kruste des offiziellen Systems Wege für kulturelle Beziehungen zu finden.

Regionale Schwerpunkte: die Entwicklungsländer

Und schließlich der andere, der dritte Teil der Welt neben dem von Moskau und Peking beherrschten Ostblock und dem Bereich des westlich-abendländischen Kulturkreises: Muß es noch betont werden, welche zentrale Rolle unserer Kulturpolitik in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas, aber auch des lateinamerikanischen Kontinents erwachsen ist? Der Entscheid dieser Völker, ob sie einen eigenständigen oder ob sie den sowjetisch-chinesischen Weg gehen, kann für das Schicksal der Welt bestimmend werden. Der Westen hat zu beweisen, daß seine Ordnung nicht nur materiell, sondern auch geistig überlegen ist. Dort in den Entwicklungsländern sind die Aktionsfelder, die sich der bislang unstenen, noch an kein übergeordnetes Konzept verpflichteten deutschen Kulturdiplomatie vor allem anderen als regionale Schwerpunkte anbieten.

Ärzte, Wissenschaftler, Studenten, Ingenieure, Landwirte — die Anziehungskraft des kolonialpolitisch nicht belasteten Deutschlands auf die junge Intelligenz der asiatisch-afrikanischen Länder geht bis zur Überschätzung der uns gegebenen Möglichkeiten. Sie erkennen die Überlegenheit des Westens in den Naturwissenschaften an, sie sind entschlossen, alles zu tun, um sich auf die Höhe unserer technischen Entwicklung zu heben. Anders steht es auf geistigem, kulturellem Gebiet. Hier fühlt sich aus dem Bewußtsein eines tiefgeprägten, eigenständigen Kulturkreises die Intelligenz der asiatischen Entwicklungsländer dem Westen gleichberechtigt — und schon gar nicht ist sie bereit, uns eine moralische Überlegenheit zuzugestehen.

Die Frage nach der deutschen, der westlichen Kulturpolitik in den Entwicklungsländern und der geistigen Begegnung mit ihren Völkern führt in Tiefenschichten, die sich unserem europazentrischen Weltbild erst allmählich eröffnen. Aber diese Frage hat zugleich einen aktuellen Bezug von höchster Dringlichkeit: Der Aufwand, mit dem das Ulbricht-Regime in den Entwicklungsländern zu einer propagandistischen Großoffensive angesetzt hat, gleicht immer mehr einem „rollenden Einsatz“, dem aus sowjetdeutschen und sowjetrussischen Fonds unbeschränkte Mittel zur Verfügung stehen. Eine bei den auswärtigen Handelsvertretungen Pankows konzentrierte Propaganda, die sich gern des Etiketts der Kulturförderung bedient, ist längst zu einem Element der Politik und der psychologischen Massenbeeinflussung auf dem Kampffeld des Kalten Krieges geworden. Wenn dem heute die Bundesrepublik Dämme zu setzen versucht, so dürften die Grenzen zwischen Informations- und Kulturpolitik in der Praxis nicht immer scharf zu ziehen sein. Sieht man als eine Kernaufgabe der kulturellen Außenpolitik die Selbstdarstellung eines Volkes und Kulturkreises, so obliegt es auch einer rechtverstandenen Informationspolitik, die Struktur, den freiheitlichen Charakter, kurzum die tieferen Wesenszüge des westlichen Deutschlands dem Ausland deutlich zu machen.